

Bavar.

655

Bavar. 655

<36636792580012



<36636792580012

Bayer. Staatsbibliothek

771

Ueber
den badischen Besitz
der Rheinpfalz und des Breisgaus
so wie über
die Integrität des Großherzogthums
und das Erbfolgerecht
von
Carl Friedrichs jüngerer Linie.

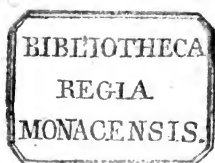
Mit Auszügen aus Archiburfunden
bargelegt von
C. W. F. L. Freiherrn von Draß,
groß. bad. wirklichem Geheimenrath, Oberhofrichter,
und Großkreuz des Ordens der Treue.

Zweite, verbesserte Auflage.

Carlsruhe, bey P. Maclot, Hofbuchhändler.

1 8 1 8.

Bavar. 655.



32

B

Vorrede zur neuen Auflage und Benützung
des erschienenen Hefts 30 von Klübers
Acten des Wiener Congresses.

Seit diese kleine Abhandlung in den rheinischen
Blättern *) erschienen ist, drängten sich folgende
Begebenheiten günstig zusammen.

Der jetzt regierende Großherzog Carl k. S. ließ
im August 1818 die Constitution verkünden, die Er dem
badischen Staat, mit einem würdigen Beispiel von li-
beralen Grundsätzen, eröffnet hat; darin ist die Un-
theilbarkeit des Landes und die Successionsordnung in
der Regenten-Familie, mit Ausdehnung auf Carl
Friedrichs jüngere Linie zweiter Ehe, zum Grund-
gesetz erhoben, das nunmehr — laut der von allen En-

*) Beilage zu Nr. 149., v. J. 1818.

IV

den des Landes eingelaufenen frohen Dankadressen — vom Volke selbst auch geheiligt ist. Wir alle wollen von diesem Stamme fortregiert seyn, und dem Staatskörper soll kein Glied abgerissen werden! Diese Belebung des vaterländischen Gefühls hat sichtbar auf die gemeine Opinion gewirkt.

Zugleich war aber auch fürs In- und Ausland eine Belehrung nöthig, wie denn eigentlich der Gegenstand so vieler verwirrter Gespräche, die man über die Zweifel am Successionsrecht unserer jüngern Fürsten, und über die demnächstige Wegnahme ganzer Landesprovinzen, auf den Gassen hörte — zusammen hange?

Da ich seit der unternommenen Geschichte von Baden unter Carl Friedrich die Familien-Dispositionen desselben in dem mir geöffneten Archiv hatte kennen lernen, und in den mir gemachten Auszügen sie besah: so hielt ich es für eine Art Berufes, davon einstweilen so viel öffentlichen Gebrauch zu machen, als zur Beleuchtung des dermaligen Gegenstandes dienen könne. Diese Urkunden in ihrer chronologischen Ordnung, und dann die neuern Staatsverhandlungen gleichfalls in ihrer Zeitfolge — werfen ein mächtiges Licht in die Schatten des Gemäldes. Daher der erste lebhafteste Eindruck, den die kleine Schrift gemacht haben soll. Ein gebildeter Bürger Mannheims *) erbot sich, sie ins Französische zu übersetzen; sein reiner Eifer war mir doppelt willkommen in dem Augenblick des großen Congresses in Aachen. Des Herrn

*) Hr. Nêwhouse.

Bignon Schrift, voll Feuer und Geist, war mir in dieser Sprache vorangegangen, und es erfreute mich die Uebereinstimmung seiner Ansichten, besonders S. 31. — 52 seiner Schrift. Noch einige Facten, die ihm in der Ferne weniger bekannt waren, und die Folgerungen aus ihnen, sind jetzt durch meine Abhandlung auch für sein Publicum ergänzt. *)

Zu gleicher Zeit wurde ich ermuntert, eine neue teutsche, von Druckfehlern besser gereinigte und mit einigen Zusätzen bereicherte Auflage besorgen zu lassen — zunächst für die weitere Verbreitung unter den theiligten Staatsbürgern im ganzen Großherzogthum Baden, aber auch für das teutsche Ausland. Es kam bald hiezu noch ein Motiv, welches mich dafür vollends bestimmen mußte.

Herr Staatsrath Klüber nemlich ließ das dreißigste Heft seiner Acten des Wiener Congresses erscheinen, und in ihm eine sogenannte Zugabe, welche wichtigen Stoff darlegt über die politischen Verhältnisse zwischen Baiern und Baden, besonders über die badische Rheinpfalz und das Breisgau, über die Successionsrechte der vormaligen Herren Grafen von Hochberg, und über die meisten Gegenstände die auch ich zu bearbeiten versucht habe. Obschon dieser Staatsmann mit Vorsicht sich der Ablegung seiner Stimme über das Ganze enthält, so entnimmt man doch aus seinen Urtheilen über die Theile, wie nahe auch er dieselben Folgerungen legt, denen ich huldige.

*) Hinwiederum erscheint so eben eine teutsche Uebersetzung jener Schrift mit einer schätzbaren Beilage über die Ebenbürtigkeit.

Aber ein Umstand kommt darin vor, über den ich — weil er auf's Neue manches Gemüth in Sorge gesetzt hat — mich umständlicher erklären und seine Unschädlichkeit beweisen muß.

Klüber theilt hier dem Publicum den ersten vorläufigen Beitrittsvertrag vom 20. Nov. 1813, nach dem preussischen Exemplar in folgenden Worten, mit: *)

„Art. IV. S. M. le R. de Prusse garantit à S. A. R. le G. D. de Bade sa souveraineté et ses possessions. Par contre S. A. R. s'engage à se former à cet égard, et en général, aux arrangements qu'exigera l'ordre des choses qui sera définitivement établi pour le maintien de l'indépendance de l'Allemagne.

Articles séparés et secrets

Art. I. S. A. R. le Grand Duc de Bade se prêterait à toutes les cessions qu'exigeroient les arrangements futurs en Allemagne, calculés pour le maintien de la force et de l'indépendance de ce pays.

Art. II. S. M. le Roi de Prusse s'engage par contre à s'employer à procurer à S. A. R., en retour de ces cessions, si elles devenoient nécessaires, une indemnité compatible avec la masse des objets qui seront dispo-

*) Heft 30. S. 144.

nibles à l'époque de la pacification et avec le but énoncé ci-dessus, et la plus rapprochée des dimensions actuelles des états de S. A. R.

Nehmen wir diese Urkunde wie sie liegt, in die staats- und völkerrechtliche Auslegung: so zeigt sie zwar, daß die Idee einer damals möglich geschehenen Cession am Landesbestand aufgekomen, und unter Beschränkungen angenommen worden sey. Aber eben diese verdienen ausgemessen zu werden.

- 1) Steht auch hier die Garantie aller Länderbesitzungen — gewißlich nicht zwecklos, sondern als die große Regel von Recht und Wohlfahrt, voran.
- 2) Die Ausnahme irgend einer Cession erfordert demnach eine restrictive — keine extensive Auslegung; auch ist sie ausdrücklich nur darauf bedingt: wenn die Aufrechthaltung der deutschen Unabhängigkeit (le maintien de l'indépendance) es erfordern sollte.

Der geheime Artikel II. bedient sich noch nachdrücklicher des Ausdrucks

si elles (les cessions) devenoient necessaires und wiederholt die Beschränkung, daß der genannte Zweck der deutschen Sicherheit eine solche Cession abdringen müßte

(avec le but énoncé).

Dieser Fall aber ist nicht einmal nach einer Wahrscheinlichkeits-Berechnung gezeigt.

- 3) Zuwendungen vom Landesgut des einen zur bloßen Entschädigung des andern Staats, — ohne einen nähern Vortheil für die Unabhängigkeit Deutschlands — sind nicht einmal in jener ersten Idee ausgedrückt. Angenommen aber, es gehöre auch dies zu den gemeinten Einrichtungen in Deutschland: so war die Masse der Entschädigungsmittel im Ueberfluß vorhanden, ehe sich mit denselben große und kleine Staaten vergrößert haben; diese müßten also noch jetzt die Entschädigung übernehmen.
- 4) Da die Urkunde, für irgend einen Nothfall, kein Maas im Quantum denkbarer Cessionen angibt: so müßte dieses nach vernünftiger Billigkeit, und aus Vergleichung des Beitrags der Andern, bemessen werden. Wie viel z. B. hätten die Hessischen Häuser, wie viel Württemberg, wie viel Baiern selbst, zu opfern gehabt? Und wie sollte sich hiezu die, dem Hause Baden gedrohte Wegnahme von ganzen Landeskreisen verhalten?
- 5) Aber auch in der Zeit hat jene Urkunde ihr merkwürdiges und deutliches Maas. Die Unsicherheit sollte ihr Ende gewinnen; es waren die definitiven Einrichtungen von Deutschland demnächst versprochen. Noch bestimmter bezieht sich der geheime Artikel II. auf

„l'epoque de la pacification.“

Nun ist aber diese in anderthalb Jahren zu Wien erfolgt; mit den dortigen Urkunden von 1815, und

durch die anderweite Verschenkung von einer Menge Länder, hat die Wirksamkeit der provisorischen Cessionsversprechung von 1813 aufgehört. Was wurde nun zu Wien in den öffentlichen verbindlichen Abschlüssen bestimmt?

- a) daß von jetzt an innerhalb Deutschland Friede sey und bleiben soll;
- b) laut des dort erst ausgefertigten feyerlichen Beitrittvertrags von Baden zur Coalition, vom 12. Mai 1815, heist es im Artikel 3.

„S. M. J. et R. Ap. s'engage — tant en son nom qu'en celui de L. L. M. M. (von Rußland, Großbritannien und Preussen) à ne poser les armes sans avoir particulièrement égard aux intérêts de S. A. R. le Grand Duc de Bade, et à ne point souffrir qu'il soit porté atteinte à l'existence politique du Grand Duché.“

- c) Den 8. Juni folgte die Bundesacte selbst, die jedem Glied die Garantie des ganzen Bundes für seine Territorialbesitzungen gibt; und
- d) den 9. Junius die eben so öffentliche feyerliche Schlußacte, welche der Berichtigung mancher andern teutschen Territorien, nicht mehr aber einer Veränderung im Badischen, noch auch nur des Vorbehalts einer solchen, gedenkt. Also ist es aus mit aller Folgerung von schuldigen Cessionen, die aus der erstern Beitrittsurkunde gezogen werden wollte, denn diese selbst bezog sich nur bis auf

den Zeitpunkt der erwähnten Pacification, wo ja Gelegenheit genug zur Ausmessung der deutschen Sicherheitsmittel gewesen ist.

Was vom 10. Junius 1815. fortan im Geheimen geschah, und wie es Klüber commentirt, daß von den weitem Zwecken mit Bedacht nichts mehr in die öffentlichen Verhandlungen der Vortage gekommen — dies können wir dahin gestellt seyn lassen. Genug daß völkerrechtlich ein Staat nur nach dem zu richten ist, was mit ihm selbst zu einem Abschluß gebracht worden.

Es ist aber auch keineswegs jene erste Beitrittsurkunde allein, aus der die vielfältigen, schwankenden, und nun bald unmäßig gewordenen Angriffs-Vorberreitungen auf das badische Großherzogthum hervorgegangen sind. Einen so auffallenden Mißbrauch, in der bloßen Auslegung der Verhandlung von 1813, würden die Monarchen nie zugegeben haben. Aber ein unseeliges Zusammentreffen mehrerer, irriger Unterstellungen, die lange nicht aufgeklärt worden sind, wirkte so nachtheilig. Nach hoher Wahrscheinlichkeit, und nach gefallenem Reden, war die Gedankenreihe bei manchem Mitberather ungefähr folgende. Baden habe in der Zeit vor seinem Beitritt viel gewonnen, also könne man ihm schon wieder den Main- und Tauberkreis, allenfalls auch noch ein gutes Stück des Neckarkreises, „wenn auch gegen weniger bequemen Ersatz,“ abnehmen (aber wäre dies nicht selbst dem ersten Beitrittsvertrag zuwider? Welche Conferirungen zu einer erstaunlichen Erbmasse müßten hiernach erst Andere machen? Kämen

wir sodann nicht in den Kriegsstand zurück?) Zudem gebe es bald noch schicklichere Gelegenheit sich durch bairische Länder auszugleichen. (Hier ist der merkwürdige Uebergang von einem ersten zu einem zweiten Capitel, die in den Beurtheilungen oft vermischt worden und doch sehr zu unterscheiden sind: der Uebergang von den, aus dem ersten Beitrittsvertrag angesprochenen Cessionen in der Gegenwart, zu den ganz gesonderten Erbversionen die für eine Zukunft wollten geltend gemacht werden). Wenn nemlich der regierende Großherzog, der, nach dem Laufe der Natur, Seine ältern Oheime *) überleben werde, keine eigene männliche Succession erhalte: so lasse sich behaupten, der großherzogliche Thron sey, nach Ihm, in Besiz von Niemand, weil der jüngern Linie Carl Friedrich die Unebenbürtigkeit **) und die Trauung zur linken Hand entgegengehalten werden könne, so, daß diese Linie allenfalls übrig bleibende Landesstücke, die man ihr noch be-lassen möge, mit Dank zu empfangen hätte. Daß Zerreißen des Staats mache danu nichts aus.

*) Auch der höchstseelige Markgraf Friedrich war noch unter den Lebenden, als die Reversion der Rheinpfalz und des Breisgau schon abgeredet wurde.

**) Markgraf Maximilian ist sogar als Reichsgraf geboren — wenn nicht schon an der reichsadelichen Geburt aller Brüder, von einer Mutter die der Kaiser selbst in seinem Diplom für die Gemahlin des Fürsten aus altem Reichsadel erkannt hat, offenbar genug gewesen wäre.

Hoffentlich findet sich genügende Antwort auf dieß Gewebe von Mißverständnissen, in der zwar gedrängten Schrift angedeutet, die ich meistens nach ihrem ersten Entwurf, weil er gefallen hat, stehen lasse und sie jetzt vorzüglich für die Beruhigung meiner badischen Mitbürger bestimme.

Geschrieben im October 1818.

Die in das Publicum gekommene, zwischen des Königs von Baiern Maj. und des Großherzogs von Baden Königl. Hoh. gewechselte Correspondenz *) veranlaßt auch den Geschichtschreiber Carl Friedrichs zu der Darstellung einer Ansicht, was dieser verewigte Fürst von seiner nächsten Nachwelt in Thaten, und von jeder spätern im Urtheil hierüber, zu erwarten habe? Es kommt mir nicht zu, mich mit meiner unvorgreiflichen Privatmeinung den Thronen selbst zu nahen; aber ohne Zweifel gelangt sie den Monarchen, wie dem teutschen Publicum, zu Gehör und gewinnt vielleicht, der angezogenen Urkunden wegen, eine Aufmerksamkeit bei jenen Erhabenen, die dormalen die Schicksale Europens mit vorwirkender Gerechtigkeit, und auch mit Sorge für die nöthige Beruhigung teutscher Gemüther, lenken.

Der höchstseelige Großherzog hat über die untrennbare Einheit seines Staats, wie über die Successionsfolge seiner Kinder und Nachkommen, Hausgesetze hinterlassen. Wären sie in der Form sogleich bekannt gewesen: so würde nicht einmal ein Project von Vertheilungen entstanden seyn — das nun als von selbst cessirend erklärt werden dürfte, sobald die hohen Mächte die Umstände erfahren, die zur Zeit der, ohnehin nur in sehr allgemeinen Ausdrücken geäußerten Hoffnungen zu Theilungs-Garantien, Allerhöchst-Ihnen nicht vorgelegt waren.

*) v. März d. J. — neuerdings abgedruckt in Klübers Acten des Wiener Congresses, Heft 30, S. 262 u.

Als der Markgraf Carl Friedrich am 24. Nov. 1787 mit Luise Caroline, aus dem bekannten „altadelichen, reichsunmittelbaren Geschlecht derer Bayer von Bayersberg“ — wie sich die kaiserliche Majestät selbst, in dem Diplom vom 12. Mai 1796 ausgedrückt hat, wodurch nachmals diese Freifrau von Hochberg, sammt ihren Nachkommen, in des h. römischen Reichs Grafenstand, aus allerhöchsteigener Bewegung, erhoben worden — in die zweite Ehe trat: so nahm Er Rücksichten auf Seine noch reichliche Succession erster Ehe. Sein Erbprinz, damals erst 33 Jahr alt, war bereits Vater mehrerer Prinzessinnen und eines jüngern Prinzen; zwei nachgebohrne Brüder des Erbprinzen waren noch gar nicht vermählt. Auch in Folge zarter Gesinnungen gegen die allgemein verehrte Erbprinzessin, jetzt verwittwete Frau Markgräfin kön. Hoh., erklärte der Regent, daß seine zweite Gemahlin niemals den fürstlichen Namen und Rang erhalten soll. Er ließ deswegen zur linken Hand sich trauen, aber mit dem ausdrücklichen, schon damals beurkundeten Anfügen:

daß diese Ehe keineswegs als eine morganatische, sondern standesmäßige Ehe angesehen seyn, und die Trauung zur linken Hand den Familienrechten der Söhne auf keine Weise Abbruch thun solle.

Es wurde darum in der, am Trauungstag ausgefertigten Versicherungsurkunde vorbehalten, in den noch zu errichtenden Ehepacten den Stand, Namen, Wappen der Söhne, dergleichen ihr Successionsrecht in die fürstlichen Lande, näher zu bestimmen.

Die Söhne erster Ehe — bis auf den damals abwesenden Herrn Markgrafen Ludwig H., der in der Folge zugestimmt hat — unterzeichneten jene Urkunde, zum Ausdruck ihres agnatischen Consenses. Schon durch diesen Hauptumstand hebt sich zum wichtigsten Theil der, in einem öffentlichen Blatt vorgekommene Zweifel gegen die fürstliche Suc-

cessionsfähigkeit. Derselbe war zwar wenig auf die Abstammung von einer bloß-adelichen Mutter gebaut — ähnliche Beispiele würden auch dagegen gesprochen haben, und zwei aus dem Hause Baden selbst, indem im 16ten Jahrhundert Markgraf Ernst von Baden-Durlach, in der Ehe mit Ursula von Rosenfeld, und im 17ten Markgraf Eduard Fortunat von Baden-Baden, in der Ehe mit Marie von Eicken, diejenigen Prinzen erzeugt haben, durch welche der Regentensamm in beiden Linien fortgesetzt worden. Beide Fälle kamen, über Einsprüche der Agnaten, zu öffentlichen Erörterungen, und in beiden liegen reichsgerichtliche Urtheile für diese Erbfähigkeit vor. Aber nähere Beleuchtung verdient der gemachte andere Zweifel, der übrigens den Agnaten aus erster Ehe ohnehin auch nicht treffen kann: ob die Trauung zur linken Hand nicht ihrer Natur nach, und nothwendig, die Ausschließung von der fürstlichen Succession mit sich bringe, so, daß Carl Friedrichs Vorbehalt nur ein Widerspruch mit der Sache gewesen wäre? — Eine nähere Bekanntschaft aber mit den hier befragten zweierlei deutschen Ehe-Instituten gibt darüber beruhigende Belehrung. Der wesentliche Character der Morganatica — welche übrigens eine, nach dem Civil- und Kirchenrecht, unbestrittenermassen vollgültige Ehe unterstellt — beruht in dem dabei ausgedruckten, verkürzenden Pactum, daß die Kinder aus ihr nicht in Länder oder Familiengüter succediren sollen *). Wenn auch hiebei die Trauung zur rechten Hand geschehen — wie dieses bei einer Menge ungleicher Ehen von Adlichen der Fall war — so besteht das pactum

*) Ludolf tract. de jure Foeminarum illustrium, Jenae 1724. Pars I., §. 1. not. 4.: „Jura familiae non participant ex matrimonio ad Morganaticam geniti, non, quod inaequale conjugium hunc habeat effectum, sed quod pacto matrimoniali aliter sit cautum“.

morganaticum dennoch. Die Trauung zur linken Hand — deren das Gesetz II. Feud. 29, als der eigentliche Sitz der morganatischen Eheverbindung, gar nicht gedenkt — ist eine später entstandene Sitte, wodurch oft die Fürsten ihre morganatische Ehe, wo eine solche praticirt war, zwar mitbezeichnet haben; aber darum ist nicht das Wesen der Sache in dieses Symbol gelegt *). Es ist daher unvorsichtig und in keinem Gesetz gegründet, daß ein Theil der Rechtslehrer (Lehenswegs alle) das *matrimonium ad morganaticam* übersetzen „Ehe zur linken Hand“. Beide Ausdrücke sind in einzelnen Fällen gleichgeltend, aber nicht immer, also nicht synonym. Das dabei abgeredete *Pactum* bleibt der nächste Bestimmungs- und Auslegungsgrund. In so weit nun dasselbe den Kindern die Successionsrechte nicht entzieht, stehen sie ihnen als ehelichen Kindern von selbst, bei sonstiger Erbfähigkeit, zu. Warum sollte also Carl Friedrich nicht berechtigt gewesen seyn, festzustellen: Er lasse sich zwar zur linken Hand trauen, um ein unzweideutiges Zeichen zu geben, daß seine Gemahlin vom fürstlichen Stand entfernt bleibe, und um auch die Söhne — nach der damaligen Unwahrscheinlichkeit, daß die Primogenitur bis an sie gelangen sollte — nicht durch fürstliche Apanagen, ohne den nöthigen Fall, dem Lande beschwerlich fallen zu lassen; aber für den nicht weniger zu bedenkenden möglichen Fall, daß einst durch ihre Succession der Staat, im Stamme der Bähringer, wohlthätig zusammengehalten würde, erkläre

er

*) J. H. Boehmer de secundis nuptiis, praecipue illustr. personar. diss. Cap. II. §. 26. etc.: „quamvis hodie parum refert, utrum sponsa sinistrae, an dextrae manui sponsi, jungatur. Voluere tamen, sinistrae manus porrectionem signum esse, uxorem dignitatis et honoris mariti non omni ex parte participem futuram. Man vergl. Lefser Spec. 299.“

er vorsorglich und ausdrücklich, daß er keinem seiner Söhne ihr natürliches fürstliches Erbrecht entziehe?

Auch blieb es nicht bei dieser ersten Gemüthsbewegung. J. J. 1796 den 20. Febr. erfolgte, an der Stelle der vorgehabten Ehepacten, eine testamentliche Disposition, worin es, unter genauer Allegirung und Bestätigung der ersten Versicherungsurkunde von 1787, „worüber Er mit Seinen Herren Söhnen offen zu Rath gegangen sey und die durch Unterzeichnung jener Urkunde ihren agnatischen Consens gegeben hätten“ — noch bestimmter in §. 4. heist:

„Wollen und verordnen Wir, nach reifer Ueberlegung
 „und aus treuer Fürsorge für unsere geliebten Lande
 „und Unterthanen, daß unsere Söhne zweiter Ehe und
 „ihre männliche Nachkommen — nach dem gänzlichen
 „Abgang der männlichen fürstlichen Nachkommenschaft
 „aus unserer ersten Ehe — zur Succession in unsere ge-
 „samten fürstlichen Lande und Zugehörungen, nach
 „der Erstgeburt gelangen und alsdann das fürstliche Prä-
 „dicat gebrauchen mögen“.

Dieser Urkunde liegt die eigenhändige, rührende Nachschrift des Markgrafen vom 25. Febr. 1796 bei:

„Unter den Pflichten eines Regenten ist die Fürsorge für
 „seine Familie, und ihre Fortpflanzung und Aufrech-
 „haltung, keine der geringsten. Als Privatmann, ist er
 „sich und den Seinigen — als Fürst, ist er sie dem
 „Staate schuldig. Ein Land welches seit mehrern Jahr-
 „hundertten Fürsten aus dem nehmlichen Haus zu Re-
 „genten hatte, einmal an eine gewisse Verfassung ge-
 „wohnt ist, leidet einen starken Stos, wenn durch den
 „Ausgang dieses Hauses in seinem Mannstamm, das
 „Land in verschiedene Stücke vertheilt wird u. Vort
 „diesem Grundsatz überzeugt, und aus Liebe für die mir

„von Gott anvertrauten Unterthanen, habe ich die Erhaltung des Mannstammes in meinem Hause mein Ausgenüß seyn lassen“.

Als einige Jahre später, Carl Friedrich an der Urne seines Erbprinzen weinte, errichtete Er im dritten Monat darauf, am 27. März 1802, ein weiteres Testament, und bestimmte die Vormundschaft für den Fall, da Er während der Minderjährigkeit seines Enkels mit Tod abgehen sollte. Der §. 12. enthält die Bestätigung der längst schon von den badischen Anherren errichteten Statuten, besonders der Unzertheilbarkeit der Lande, der Succession nach der Erstgeburt, des Verzichtes der Prinzessinnen auf die Erbfolge, des Verbots der Veräußerung an Land und Leuten — „welch' alles auch auf die reichsfriedensschlußmäßig zu erwartende Länderentschädigung, oder auch sonst auf anderwärtigen Zuwachs, zu verstehen ist“.

Noch am Schluß desselben Jahrs haben die Regensburger Staatsverhandlungen das Loos von Baden, unter der begünstigenden Einwirkung großer Mächte, bestimmt. Die wichtigste unbedingte Einverleibung in das neue (noch kleinste) Kurfürstenthum, bestand in den Hauptstädten der rheinischen Pfalz, sammt deren Aemtern Ladenburg, Heidelberg und Bretten. Caspari *) bemerkt aus der Verhandlungsgeschichte:

„Man hat den schwäbischen Kreis verstärken, und dem alten würdigen Fürsten einen Beweis der verdienten Hochachtung geben wollen. Die badische Entschädigung ist eine der zusammengesetztesten; es gab kein großes Bisthum in der Nähe, und doch sollte eine bequeme Lage den Werth erhöhen u.“

*) „Der Deputations-Recess, Th. II, zu §. 5. des Recesses, S. 78.“

Carl Friedrich! Was dir so edel und rechtlich, vor den Augen Europens, zugemessen ward, und was Du durch die, auf die neuen Lande sogleich väterlich verwendeten Wohlthaten noch mehr verdient hast *), wird man keinem Deiner legitimen Söhne, noch ihren Nachkommen entziehen! —

Zwei Jahre später brachte das Kriegsglück — auch für die damals siegende Partei theuer erkaufte — den Breisgau des Erzherzogs Ferdinand unter die Domination von Baden, das nun erst einem Kurfürstenthum gleich und einen mehr zusammenhängenden Staat darstellte. Der Preßburger Friede von 1805 hat diese, ebenfalls unbedingte Einverleibung auf immer geheiligt, und der Kurfürst spendete auch da sogleich, mit grossem Aufwand der ersten Jahre, Verbesserungen aus, die dies Land mit frohem Dank erkannt hat. **)

*) Man erinnert hier beispielsweise an die alsbaldigen Anstalten für verbesserte Landbeamtungen, an die vollere Bestellung der Provincial-Collegien, an die erst eingeführte Brandasscuracion und noch manche wohlthätige Vorkehrungen der Landespolizei; an die Emporhebung der durch ihren überrheinischen Verlust fast entkräfteten hohen Schule zu Heidelberg, mit der Destination jährlicher Renten aus weit mehr als einer Million; an die Sorge für das Wiederaufblühen der Hauptstadt Mannheim — durch Unterstützung seines Theaters mit jährlichem Staatszuschuß von 20,000 fl., durch die eröffneten thätigen Veranstaltungen, daß die zerstörten Festungswerke weggeräumt und eine Menge blühender Gärten rund umher geschaffen wurden; durch die auf den Carlsruher Fus gestellte Armenunterstützung mit einem Staatsaufwand an Geld, Arznei und Brennmaterialien von jährlich über 11000 fl., ohne die außerordentlichen Beiträge in den gekommenen Jahren von besonderer Noth.

***) Unter Ferdinands Regierung — der so großmüthig war die meisten Landesrenten dem Breisgau selbst zu überlassen, aber auch nichts zum Aufkommen der isolirten Provinz vorschob — hatte sich ihr Flor sehr herabgesunken. Die Domänen des Adels,

Der Besitz der beiden Provinzen also, über die, dem Gerüchte nach, im voraus willkürliche Dispositionen getroffen seyn sollten, beruht auf Rechtstiteln, die nicht angefochten werden können ohne die Sicherheit aller Staaten zu gefährden.

Doch wir kehren zur Geschichte der badischen Erbfolgeordnung zurück. Als kurz nach dem Preßburger Frieden die gänzliche Auflösung der deutschen Reichsverfassung erfolgt war, hielt es der ehrwürdige Carl Friedrich abermals für eine seiner wichtigsten Pflichten, als zur Souveränität gelangter Großherzog, seinem Volk die Regentenfolge aus der uralten heimischen Dynastie zu sichern, wie er es jetzt gänzlich vermocht hat. In einer feierlichen Urkunde vom 10. Sept. 1806, die abermals Seine Prinzen der ältern Linie genehmigend unterschrieben haben, und die er nicht nur im Archiv und bei seinem obersten Gerichtshof hinterlegen, sondern auch seinen Söhnen zweiter Ehe selbst beliefern ließ, heißt es:

der Städte, der Klöster, regierten mehr als der Fürst, und die Unterthanen standen von dieser Seite unter empfindlicherem Zwang. Das Regierungscollegium hatte zu wenig Kraft und einen allzubconomischen Zuschnitt — die nehmlichen Mitglieder formirten auch größtentheils das Appellations- und als dritte Instanz das Revisionsgericht. Die Spottelsucht war heftig eingerissen — um ihrer zu pflegen, wurden z. B. beim Sterbfall eines jeden Pfarrers Inventur-Commissarien aus der Hauptstadt abgeschickt; die ganze Fahrniß aller Minderjährigen, (wenn sie auch der Mündigkeit nahe, darüber seufzten und keine Schulden hatten!) mußte versteigert und der Erlös in ein kostspieliges Depositum gebracht werden. Das Staats- Kirchen- und Gemeindegewesen war — mit Ausnahme des besser gehaltenen landständischen — in den traurigsten Rückständen; die niedern Schulen im Ganzen kläglich, da der Schulsatz häufig in den Händen des Landvolks und selten eine ordentliche Besoldung fundirt war. Die Universität Freiburg, die in der Revolutionszeit nur einen

„Nachdem wir durch die Fügung der allmächtigen göttlichen Vorsehung die völlige Souveränität erlangt haben, und durch diese Pöge, verbunden mit der auf Uns allein dermal beruhenden stammhauptlichen Eigenschaft, in den Stand gesetzt sind, für Uns selbst und Kraft der Uns zustehenden Souveränität, die gut und nöthig findenden Anordnungen zu treffen: So erklären Wir nunmehr, Kraft dieser Unserer von Gott erlangten Gewalt, Unsere aus zweiter Ehe erzeugten Söhne — dermalen namentlich die Grafen Carl Leopold Friedrich, Wilhelm Ludwig August, und Maximilian Friedrich, Johann Ernst, sammt ihrer männlichen, ehelichen, ebenbürtigen Nachkommenschaft, der Nachfolge in der Regierung Unseres souveränen Großherzogthums, also für theilhaftig, daß ihnen in Hinsicht auf den, im Jahre 1787 bereits geschehenen Vorbehalt ihrer Familien-Rechte, ein vollständiges, unbeschränktes, unwi-

mäßigen Theil ihrer Renten gerettet hatte, litt wie Heidelberg. Bei dem Antritt des badischen Gouvernement, fürchtete man noch mehr Reductionen — aber wie tröstete man sich als der erste Staats-Commissarius, welchen Carl Friedrich mit seiner Sammlung der Landesorgen einberufen ließ, nach wenigen Wochen zurück kam und nun verkündet wurde: es bestehe die verbundene Regierung und Kammer in Freiburg fort; ein gesondertes Hofgericht werde für immer mit den Regeln der badischen Justiz aufgestellt, und zum dritten Zug das Oberhofgericht in Bruchsal genossen; es bestehe die Freiburger Universität und die Facultät der catholischen Theologie, werde zu ihr allein, von Heidelberg aus übergesetzt; auch das Freiburger Gymnasium verbessert; die zuvor sistirt angetroffene Zinsenzahlung von den Landesschulden, ja selbst die Abtragung kleiner Capitalien an Leidende, werde alsbald eröffnet; landesherrliche Aemter und Ortsvorgesezte, auch tüchtige Schulmeister, Aerzte und Wundärzte sollen bald, wie im übrigen Baden, eingeführt werden.

„derrussisches Successions-Recht in die, unter dem sou-
 „veränen Großherzogthum Baden begriffene Staaten,
 „dergestalt zusehen solle, daß sie oder ihre rechtmäßige
 „ebenbürtige männliche Nachkommen, nach der in Un-
 „serm großherzoglichen Hause bestehenden Successions-
 „Ordnung, in oben erwähnte Staaten, nebst allen davon
 „abhängenden Rechten und Vorzügen, gleich den Prin-
 „zen vom Hause, unstreitig alsdann succediren sollen,
 „wann unsere sämtliche, männliche, successionsfähige
 „Nachkommen erster Ehe, nach dem Willen der göttli-
 „chen Fürsichung erloschen seyn würden; wo im übrigen
 „Unsere sämtliche frühere, letztwillige Dispositionen
 „hierdurch nicht aufgehoben sind, sondern in allem was
 „Unsere Familien = Lage und innere Hausverfassung be-
 „trifft, und mit der uns jezo zustehenden Souveränität
 „vereinbährlich ist, in so weit bei Kräften bleiben, als
 „wir nicht solche seithero ordnungsmäßig geändert oder
 „aufgehoben haben &c.“

Es ist aber eine solche Veränderung so wenig erfolgt, daß
 vielmehr der Großherzog noch eine letzte, eben so feierlich im
 Archiv hinterlegte Disposition v. 6. Juni 1808, worin einige
 andere häusliche Bestimmungen nachgetragen sind, erklärt
 hat „als Anhang zu Unsern frühern Verordnungen welche
 alle, soweit nicht eine durch die andere aufgehoben ist, bei
 Kräften bleiben sollen.“

Nach also besorgter Regenten- und Vaterspflicht, ging
 Carl Friedrich, hierüber ruhig, zu Grabe — im Ju-
 nius 1811. Er wußte, daß sein Wille den Nachkommen hei-
 lig seyn werde; und wie gerecht dieses Zutrauen des fürstli-
 chen Greisen in die Pietät des Enkels war, konnte nicht schö-
 ner beurkundet werden, als durch die bekannten, im Geist
 der ältern Hausgesetze ausgesprochenen Staatsedicte die am
 4. Okt. 1817 (im badischen Regierungsblatt) verkündet wor-
 den, nachdem wir mehrere Todesfälle in der erstern fürstl.

Linie zu betrauern gehabt, und hiedurch die jüngern Herren Markgrafen H. H. der Erbfolge um so viel näher gerückt sind.

Wie sollten nun mit diesen innern Verhältnissen des badischen Fürstenhauses die Versuche, und die noch erweiterten Sagen sich zusammenreimen, als ob die Rheinpfalz, und nach Andern auch der Breisgau, schon im Senate der europäischen Herrscher destinirt seyen, für gewisse Fälle wieder weggenommen zu werden? — Der badische Staat gehört nicht unter diejenigen, welche, seit der Entstehung des teutschen Bundes, noch auf eine Vergrößerung angetragen haben; daß aber dieses alleinige Großherzogthum sollte im Bunde verkleinert werden, ist ein zu empörender Gedanke, als daß man nicht im Voraus schon ahnete, es müsse hier Irrthum ins Spiel gekommen seyn. Baden ist ja nicht im Fall eines im Krieg eroberten Landes gewesen, von dem nur ein Theil restituirt worden wäre; sondern der Großherzog Carl trat, gegen Ende des Herbstes 1813, als Besitzer des ganzen souveränen Staates zum Bunde, und wurde, gleich Andern, als Freund, nicht als überwundener Feind aufgenommen. Von diesem Gesichtspuncte aus müssen also auch die zu Frankfurt vorgefallenen Aeusserungen verstanden werden. Es gingen damals keine schriftlichen Noten voran, mündlich aber wurde der ungeschmälerte Länderbestand vorausgestellt und anerkannt.

So lautet auch der erste Satz des hierauf am 20. Novem-
ber 1813 zur Unterzeichnung gekommenen ersten Beitritts-
vertrags. Oeffentliche Blätter haben gesagt: es seyen damals dem Hause Baden nur die alten Lande geradehin, seine neuen aber nur in so weit garantirt worden als die vorseh-
enden teutschen Einrichtungen es zulassen würden. Aber dieser angebliche Gegensatz vom alten Land ist Erfindung, die ein Journalist dem andern auf guten Glauben nachgeschrie-
ben hat. Wahr ist nur, daß man versprochen, für einen Noth-
fall in den Maasregeln für die teutsche Independenz, sich zu

Cessionen gegen möglichsten Ersatz verstehen zu wollen. Diese deutschen Einrichtungen überhaupt waren vor dem Wiener Congreß noch ein gar dunkler Begriff; Niemand konnte schon wissen, wohin sich die Verfassung, oder die Verfassungen der Deutschen, noch feststellen würden. *) Ein bestimmter Voratz, den Großherzog von Baden zu verkleinern, läßt sich um so weniger folgern, da der ähnliche allgemeine und unbestimmte Vorbehalt auch andern Souveränen der mittlern Größe geäußert worden seyn soll. Hingegen in den nachgetragenen solennen Beitrittsverträgen von Wien den 12. und 23. Mai 1815 ließen sich Baden und Hessen, wörtlich übereinstimmend, die Zusage geben: „daß ihrer politischen Existenz kein Eintrag geschehen dürfe“. **) Auf den bloßen Zweck zur Vergrößerung anderer Staaten — Könnte ohnehin solch ein vermeinter Vorbehalt ganzer Provinzenwegnahme, zumal unter verbündeten Freunden, unmöglich gedeutet werden — sondern nur streng auf den ausgedrückten Fall, da zur Wohlfahrt der deutschen Völker und zum festen Bestand eines Bundes unter ihren Herrschern, unumgängliche Opfer gebracht werden müßten. Niemand hat aber nach das wirkliche Entstehen dieses Noth- und Wohlfahrtsfalles dargelegt; und wäre er eingetreten, so müßten, die sich vergrößert haben, erst wieder herausgeben, oder doch alle Bundesglieder an dem Opfer verhältnißmäßig leiden, oder der zunächst Opfernde sollte, nach der vernunftmäßigen *lex rhodia*, den vollsten Ersatz von Allen im gleichzeitigen

*) Man war noch nicht einmal über Frieden oder Krieg entschieden. Erst im Febr. 1815 war der glückliche Wendepunkt für „keinen Krieg zwischen den Deutschen!“ und im Späthjahr desselben J. bestätigte der heil. Bund die Moral in der Politif. (Klübers Uebersicht S. 33.) Man unterscheide was früher tentirt und später nicht ratificirt worden. Mehr davon unten.

**) Klübers Uebersicht S. 551.

Angebot erhalten, vorher aber noch reiflich darüber gehört werden, ob gerade dies befragte Opfer vom Gemeinwohl abgedrungen werde?

Hieraus scheint mir immer so viel mit Ueberzeugung hervorzugehen, daß in der Art des Eintritts von Baden in das neutestliche Bündniß, kein Grund zu finden ist, um unsern Großherzog mehr, als andere Fürsten, oder gewissermassen nach Willführ, zu Länderabtretungen zu zwingen.

Auch verdient noch ein eigener Blick auf den Begriff einer Garantie, und auf die Folgen der Nicht-Garantie, geheftet zu werden. Die Erfahrungen im europäischen Völkerrecht zeigen, daß es zweierlei Garantie gibt: die eine im Sinn der eigenen Haftung dafür, daß eine politische Sache durchgeführt werde; die andere und gewöhnliche nur in dem Sinn, daß wenn der Bewerber eine Sache bekommen kann, der Garant seines Orts nicht dagegen wirken, vielmehr mit guten Officien, nach Gelegenheit, den Zweck befördern — nachmals den Besizer schützen wolle. Wenn im letztern Fall der Plan nicht gelingt: so ist darum der Garant keinen Ersatz schuldig. Ebenso im Gegensatz ist die Nicht-Garantie nur ein Abziehen der hilfreichen Hand, aber darum noch keine Berechtigung, dem Andern seinen Besitz zu nehmen. Hätten also auch die hohen Mächte dem Hause Baden nicht alle Theile seines Staats gleichcategorisch versichert: so folgt daraus noch nicht, daß man ihm irgend einen Theil rechtlich entziehen könne, oder factisch entziehen wolle; sondern dazu müßten andere Motive aufgefunden werden. Man erinnere sich aber vielmehr der starken Gegenbetrachtung, mit welchen Anstrengungen Baden, seit dem Nov. 1813 zur befestigten Freiheit Germaniens beigewirkt hat.

Nach diesen vorbereitenden Sätzen laßt uns die einschlagenden Staatshandlungen prüfen, so weit sie der Publicität vorliegen und die Urtheile hinreissen. Sie sind nicht Anfangs in der chronologischen Ordnung bekannt geworden, in der sie jetzt, zu ihrem richtigern Verständniß, sich aufführen lassen wie folgt.

Kurz vor der Leipziger Schlacht, im Anfang Octobers 1813, war die Krone Bayern zur großen Coalition übergegangen und in dem ersten, mit Oestreich zu Wien geschlossenen Tractat, wurden dem wichtigen neuen Bundesgenossen freundliche, allgemeine Zusicherungen gemacht. Nach dem die siegenden Monarchen im Winter noch mit ihren Heeren in Paris eingerückt waren, und sie die größte Angelegenheit Europas einstweilen durch den dortigen Tractat vom 30. Mai 1814 geregelt, dabei einen demnächstigen Congreß in Wien für noch hundert andere Bestimmungen verabredet hatten: so wartete das hohe Erzhaus nicht bis dahin, um die Durchführung eines Ihm längst angelegenen Planes, bei der so günstigen Gelegenheit, einzuleiten. Es schloß noch zu Paris, am 3. Junius 1814, einen vor andern Verbündeten geheim gehaltenen Staatsvertrag mit Bayern, um die Zusagen des Rieder Vertrags näher zu bestimmen. Fürst Metternich und Feldmarschall, jetzt Fürst Breda, D. D. traten als die Bevollmächtigten auf. Hiernach soll

I. Bayern an Oestreich abgeben: Tyrol, Boralberg, Salzburg, das Inviertel und Hausrückviertel; Oesterreich aber garantirt dem König von Bayern:

„de Lui faire avoir les équivalens les plus complets pour les dits pays, et même au delà, autant qu' elle (sa M. J. et R. Apost.) en aura les moyens et que les circonstances le permettront.“

II. In 15 Tagen wird Oestreich Besitz von Tyrol und Boralberg, Bayern von Würzburg und Aschaffenburg nehmen; dann heißt es: „Les autres retrocessions de la part de la Bavière, contre des équivalens dont il n'est pas fait mention dans cet article, auront lieu à la suite des arrangemens definitifs.“

Die Artikel III. — V. bestimmen die gemeinschaftliche Besetzung überrheinischer Lande, und kleinere Vortheile für Bayern. Sodann folgt der uns treffende Artikel:

VI. „Sa Maj. Imp. etc. promet d'employer ses meilleurs offices pour faire entrer dans le lot de Bavière.

- 1) la ville et place de Majence (geschieht denn dies?)
- 2) „l'ancien Palatinat du Rhin — sa M. le Roi de Bavière s'engageant de son côté, à se prêter à des arrangemens de frontière, qui se trouveroient être d'une mutuelle convenance entre elle et ses voisins, pour faciliter les arrangemens de cession, d'échange et autres, que S. M. Bay. pourroit desirer faire avec les états voisins, le Roi de Wurtemberg, les Grands-ducs de Bade et de Darmstadt, et les Princes de Nassau.“

Endlich versprach Oestreich, die Garantie der andern großen Mächte für die bayerischen, jetzigen und künftigen Besitzungen zu verschaffen.

Dies war, außer den sogleich vertauschten Ländern, ein Versuch auf gut Glück und Gelegenheit, eine Abrede für künftige Negociation auf dem Wiener Congress — die aber aldort, nach Klübers unkundlicher Uebersicht, *) nicht so günstig für Oestreich und Baiern durchging. Beide gaben in etwas von ihren Ansprüchen nach, und so soll nach dem Fuß einer Verabredung vom 11. Apr. 1815, zwölf Tage darauf den 23., ein dem Publicum noch nicht vorliegender Vertrag **), unter russischer, englischer und preussischer Vermittlung unterschrieben worden seyn, worin der Rückfall der badischen Rheinpfalz beim Ermangeln eines

*) S. 82 u.

**) Jetzt gibt Klüber das ganze Project, Heft 30, S. 129, wornach, außer der oberwähnten, für die Zukunft eingeleiteten Reversion der ganzen badischen Pfalz, schon für die Gegenwart die Cession des Main- und Tauberkreises und noch dazu eines reichlichen Theils vom Neckarkreis, im Vorsaß gewesen wäre.

männlichen Erben in der hermalen regierenden Dynastie, nebst der Abtretung verschiedener Territorialbezirke von Württemberg, Baden und Darmstadt — eingeführt sey. Aber auch dieser Vertrag kam zu keiner reinen Anerkennung; *) das Project blieb nun nicht mehr geheim und fand sogleich starken Widerspruch bei den ungehörten Betheiligten. Gewiß aber und im hohen Grade merkwürdig ist, daß ganz nichts von der Sache in die Schlußacte des Wiener Congresses vom 9. Juni 1815 aufgenommen wurde. Diese ist das eigentliche und feyerliche Friedensinstrument für die betreffenden europäischen Reiche — nach deren Eingang ist sie die ausführliche Ergänzung des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814, wodurch alle klar gemachten „dispositions d'un interet majeur et permanent“ in ein „instrument general“ gebracht, und die vorausgegangenen einzeln Conventionen in 17 Beilagen angefügt worden sind. Hier ist umständlich von allen berichtigten Territorial-Abtheilungen in Deutschland (so wie in der Schweiz, Italien, den Niederlanden) gehandelt. Die Art. 33, 47 — 50, bestimmen sogar die Kleinern Länderzutheilungen für Oldenburg, Mecklenburg, Weimar, Coburg und Homburg. Von den bayerischen Verhältnissen berührt der Art. 44. bloß, daß der König das Großherzogthum Würzburg und das Fürstenthum Aschaffenburg (also was Sr. Maj. schon im Besitz gehabt) für sich und die Nachkommen behalten soll. Einer bevorstehenden Territorialveränderung im Badischen, gedenkt dieser Haupttractat mit keinem Wort, weder im Text noch in den Beilagen zum Art. 118., wornach die andern teutschen, wirklich zu Stand gekommenen Verträge zwischen einzelnen Fürsten beurkundet sind.

*) Klübers (Uebersicht) S. 83.

Hingegen wurde, wie Klüber anführt, Tags darauf, zu Wien den 10. Junius 1815, noch eine Conferenz von den Ministern der fünf Mächte Oestreich, Rußland, England, Frankreich und Preussen, hinsichtlich auf noch zu berichtigende Territorial-Ausgleichungen in Teutschland, abgehalten, dabei 69000 Seelen des Ueberrheins für die beschlossene Vergrößerung von Coburg, Oldenburg, Mecklenburg, Homburg, vorbehalten; der Besiz aller weitem disponiblen Territorien des Ueberrheins Sr. kaiserl. Majestät von Oesterreich zugewiesen; und darauf kommt die Stelle zu Protocoll: *)

„Les puissances prennent à cette occasion l'engagement formel, quoique secret, d'appuyer sa Maj. J. et R. Ap. dans toutes les negociations qu'elle pourroit entamer à l'avenir avec la Bavière, pour récupérer l'Inviertel, le Hausruck - Viertel et le pays de Salzbourg.“

„Elles assurent éventuellement à la Maison d'Autriche la réversion du Palatinat et du Brisgau**) comme moyens de compensation dans les arrangemens futurs en Allemagne. Elles consentent enfin à ce que les objects destinés à des compensations pour la Bavière, puissent toujours servir à tel échange ou disposition qui, d'après les convenances de S. M. J. et R. A., seroit fait d'un commun accord“

Man sieht diesem geheimen Vorversprechen unter den Ministern das einmüthige Bestreben an, dem allerhöchsten Erzhaus — dessen italiänische Grenzen nur erst in den Artikeln 93 — 95 der Hauptacte vom 9. Junius berichtigt worden — auch noch bessere Vortheile in teutschen Grenzen, bei künftiger Gelegenheit, nach vorbehaltenem commun accord,

*) Klüber im Heft 29. der Acten des Wiener Congresses.

**) Hier wurde des Breisgaus zum ersten Mal gedacht.

wo möglich, zu verschaffen. Kein Motiv ist übrigens angegeben, warum die Pfalz und das Breisgau zu vorzüglichen Compensationsmitteln hätten destinirt werden können?

Es waren die Tage der Eile, um vom Congressort hinweg, mit den Kriegsheeren wieder nach Frankreich zu kommen. Ihnen folgten bald die Tage der Ehre und, nach dem großen Sieg bei Waterloo, die Transactionen mit dem geschonten Nachbarstaat. Als dies vorüber war, kam der östreichische Minister auf das Anliegen seines Hofes und dessen Ausgleichung mit Bayern zurück; er übergab in einer von den Ministern der 4. Mächte (diesmal ohne Frankreich) unterm 3. Nov. 1815 zu Paris abgehaltenen Conferenz eine dringende Note und bewirkte so viel, daß einstweilen die Form einer Convention protocollirt und von den versammelten Ministern gebilligt wurde *). Dieser Entwurf besagt unter andern Gegenständen, in §. 7., daß Bayern gegen seine Abtretung an Oestreich auch die bairische Pfalz nach der Extinction der directen Linie des regierenden Großherzogs **) erhalten soll; und der Art. 9. enthält, dem gemäß:

„La réversion de la partie du Palatinat, appartenant au grand-duc de Bade, ayant été assurée à l'Autriche par le protocole du 10. Juin 1815. des conférences du congrès de Vienne, S. M. J. et R. A. est prête à renoncer à cette réversion en faveur de S. M. le Roi de Bavière. La réversion du Brisgau, qui a été également assurée à l'Autriche par le dit protocole du 10. Juin, sera maintenue“.

*) Klüber im Archiv des deutschen Bundes, Bd. I. S. 380 u.

**) Eine abermals sehr geschärfte Bestimmung, hinsichtlich der künftigen Reversion. Bezüglich hingegen auf die alsbaldigen Cessionen, war dortselbst nur der Abtretung eines Theils des Amts Wertheim, zu 4927 Seelen, und der Einräumung einer militärischen Durchzugsstraße gedacht; also schien von keiner Cession ganzer Landestheile mehr die Rede zu werden.

Und dieß alles ohne den besizenden Souverän und seine Agnaten zu hören — eine Erbvertheilung bei lebendigen Leibern. Womit hätten diese Agnaten, den Verlust der Familien-Erbrechte sich zugezogen? Wo ist der Rechtstitel zu solchen Reversionen?

Hier ist vor allen Dingen die Bemerkung wichtig, daß Conferenz-Protocolle, zumal einseitige, noch keine berechtigenden Staatsverträge sind, ja nicht einmal von der unternehmenden Seite schon ratificirte Acte sind. Die Wiener Schlußacte vom 9. Juni ist von den Monarchen ratificirt worden, die Protokolle vom 10. Juni und 3. Nov. nicht; sonst würde der nachgefolgte förmliche Vertrag zwischen Oesterreich und Bayern, von München 14. April 1816, anders lauten. Nach dem Eingang desselben haben diese Mächte sich endlich vereinigt:

„en fixant d'une manière définitive les limites et les rapports de leurs états respectifs“.

Bayern gab nun wirklich das Hausrückviertel, Inviertel und Salzburg, mit einigen Beschränkungen ab, und erhielt dafür A. auf dem linken Rheinufer seine große ehemalige Provinz, B. auf dem rechten, noch Fuldische Ämter die früher eine andere Destination hatten, und das böhmische Amt Redwitz. Die weiters versprochenen Verwendungen anlangend, so bestimmt sie der Art. 3. dahin, daß 1) der Großherzog von Hessen die Ämter Alzenau, Miltenberg, Amorbach und Heubach (wie es auch durch Tausch erfolgt ist), 2) der Großherzog von Baden einen Theil des Amtes Wetzheim cediren möge,

„d'après les dispositions arrêtées à Paris le 3. Novembre 1815“. *) Hiemit schließt der Text.

*) Diesen Kleinen, am linken Mainufer nördlich gelegenen und vom würzburgischen Land umschlossenen Bezirk hat Baden längst erkärt abtreten zu wollen, gegen Eintausch des Hohengeroldscheid-

Wie bedeutend schon diese Transaction an Seelenzahl und Einkünften, für die hohe Krone Bayern war, ist jetzt keinem Statistiker mehr ein Geheimniß. Aber im Nichtgenügensfalle würde sich doch kein Publicist überzeugen, daß es darum Baden sey, welches den Schaden zu tragen hätte. Ihm stehen zwei grose offene Urkunden direct zur Seite; in Vergleichung mit deren Kraft, stellt alles unser bisheriges Bemühen für die bloßen Schwächungen von diesem und jenem blendenden Gegenschein, sich als überflüssig dar.

1) Die Bundesacte selbst, dieser Grundvertrag zu der teutschen Vereinigung, datirt Wien den 8. Junius 1815, hat im Artikel II. ausgesprochen:

„Der Zweck des Bundes ist: Erhaltung der äussern und innern Sicherheit Deutschlands, und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen teutschen Staaten.“

Hier

schen oder layenschen Gebiets, welches mitten im Großherzogthum bei Lahr liegt und unter östreichischer Souveränität steht. Die geheimen Artikel aber dieses östreichisch-bayerischen Definitiv-Vertrags v. 1816 würden — nach Klüber Heft 30, S. 160. — abermals weiter, als selbst das im offenen Vertrag allegirte Pariser-Conferenzprotocoll v. 3. Nov. 1815, gehen, indem hiernach „1) Oesterreich dafür sorgen wolle, daß Bayern doch noch den badischen Main- und Tauberkreis, mit ungefähr 96,000 Einwohner erhalte, und 2) bis dieser in bayerischen Besitz und Genuß gelange, Oesterreich jährlich eine Entschädigung von 100,000 fl. an Bayern bezahle“. Es scheint indessen hier, von Seiten des allerhöchsten Erzhäuses, eine Grenze der Unternehmungen gesteckt zu seyn; bleibt es beim status quo, so läßt sich alles noch mit den teutschen Bundes- und Schlußacten v. 8. u. 9. Junius 1815, und mit der Berücksichtigung des östreichischen Empfangs bayerischer Länder, in einem würdigen Zusammenhange denken.

Hier mußte die *Ausnahme* in dem öffentlichen Grundvertrag, oder in der öffentlichen Schlußacte des nächsten Tages genannt werden, wenn eine in anderm Sinn, als durch spätere freiwillige Convention, hätte gemeint seyn können. Die nachmals noch über Mancherlei conferirende Herren Minister vermochten es nicht anders zu meinen, und die Monarchen selbst haben ohnehin nichts anderes mehr ratificirt.

2) Die heilige Allianz ward indessen unterm 26. Sept. 1815 von 3 Mächten unterschrieben, in der Folge von der ganzen europäischen Christenheit ehrend angenommen, und gegen Ende des Jahrs schon dem Publicum bekannt. Alexander machte die erhabene Betrachtung, daß selbst der beste Regentenwille nicht immer gegen die verführerische Gewaltinhabung Schutz genug gebe, und daß nach allem, was seit einem Viertel-Jahrhundert die Menschheit gesehen und geduldet hat, ein Schlußstein mächtigen Eindrucks gesetzt werden sollte. *) Eine Erfrischung der religiösen Moral in der Politik schlug Er vor; Franz und Friedrich Wilhelm bekrundeten alsbald den Einklang ihrer ehrwürdigen Gesinnungen; Maximilian Joseph trat bald bei. Also wird die Wegnahme irgend einer badi-schen Provinz, wenn sie auch vorgeschlagen war, jetzt nimmer mehr ratificirt, noch weniger erequirt werden!

Es wäre daher unnöthig, die unglücklichen Folgen erst zu zergliedern, die da hervorgingen aus dem neuen Zerreißen des kaum zusammen gewachsenen Staats; aus der unvermeidlichen Unterbrechung vieles, auf's Ganze berechneten Guten, für den abtrünnigen Zweig eben so wohl als für den Stamm; aus neuen Pensionärs- und neuen interimistischen Commissarien; aus den beschwerlichsten Liquidationen von

*) „Man vergleiche die Betrachtungen über das heilige Bündniß.“
Hamburg 1817.

dem, zu reclamirenden großen Aufwand auf wahre Landesverbesserungen, und von den noch größern richtig zu vertheilenden Landesschulden; aus dem unseeligen Stocken des Credits, da und dort; aus dem Verlust hinsichtlich der Brandassurances-, der Wittwen-Cassen und mancher frommen, allgemeinen Stiftung, ja aus dem größern steten Verlust der unzähligen Vortheile, die einem Land aus der Nähe seines Regenten entspringen, *) so wie aus der Vernichtung der Vortheile und Erleichterungen in gleichförmigen Landespolizei- und Commerz-Anstalten durch das zusammenhängende schöne Gebiet, vom Bodensee an bis zur Mündung des Neckars in den Rhein, wodurch die Schmäle des Landes compensirt wird. Jetzt, nachdem Carl Friedrich und Carl die ersten, in die Millionen gehenden Vorschüsse für zwei hervorglänzende Edelsteine in ihrer Fürsten-Krone gemacht, und die harten Schicksale der Kriege und der Mißjahre überwunden haben; jetzt da sich der Plan fassen läßt, wie allmählig die Unterthanen die Milde der Regierung in ihren gesegneten Gauen wieder empfinden können — da sollte diesem Fürstenhause, und diesem unter sich vermählten Volke, die bittere Zertrümmerung zu Theil werden?

Aber es ist nicht genug, daß die hohen Häupter, welche bald am Rhein sich versammeln, dieses Uebel gewißlich nicht erst vorkehren lassen; sie werden auch das, aus dem bloßen Project schon entstandene Uebel, sobald sie dessen Größe erfahren, vom Grund aus heben wollen. Ein still glimmender Feuerbrand ist zwischen dem Regenten und einem Theil seiner Unterthanen geworfen; diese unter sich zweifeln, ob sie Brüder seyen? Der Parteigeist — den

*) Diesen Punct hat der Verfasser in einer gedruckten Rede ausgeführt, die er 1806, als badischer Staatscommissär für die Uebernahme der breisgauischen Provinz, in der Münsterkirche zu Freiburg gehalten hat. Es handelt sich dabei von der Anwendung auf die Menge der Bürger.

jede neue Regierung, nach den Umwälzungszeiten, ohnehin nur mit Mühe bändigen kann — wird wieder angefaßt. Die Spiele der Phantasie begehren die Anhänger am Alten, zu wäghen, als ob auch alles Gute der ältern einfachen Zeit sie wieder umgeben würde; darüber werden die Vorzüge, die der ruhige Denker auch der Gegenwart nicht abspricht, undankbar von der Wagschale weggedrängt. Das Mißtrauen Einzelner gleicht einer steigenden bizigen Krankheit; die Stimmung der Menge ist Gottlob ruhiger, aber nicht ohne Niedergeschlagenheit über die politische Gewitterwolke. Mit größern Gewerbsanlagen — die auf diesem Gartenboden, an diesen schönen Landstrassen und den Ufern vieler Gewässer, so leicht und gern und bald sich entwickeln würden — wird da und dort zurückgehalten, „weil man noch immer nicht wisse, ob alles babilisch bleibe!“ Das Gouvernement hat darum seines Orts in nichts einen stiefmütterlichen Abbruch bliesen lassen; aber eine Menge Menschen ist immer beunruhigt um einiger dunkeln Worte willen, die nun einmal in große Staatsverhandlungen eingeflossen sind! Das Aergste bleibt die Störung an der seeligen Eintracht, und der sich nährende geheime Anhang im Ausland, mit seinen unmoralischen Folgen. „Fürst und Volk müssen Eins für ihre Wohlfahrt seyn“ — so hat Carl Friedrich mit Wort und That gelehrt; heilig noch immer auf Erden sey die Ruhe dieser Mänen!

Es wird den frommen Kaisern und Königen unserer, eben hiedurch glücklichen Tage gleichen, wenn Sie diese Beweggründe für erheblich genug ansehen, um etwa schon von Aachen aus allen Mißverstand — der aus ministeriellen Protocollen sich nun einmal entsponnen hat — rein zu heben, aussprechend:

daß bei den vorwaltenden babilischen Hausverhältnissen, und bei den üblen Wirkungen aller Ungewißheit über Territorialbesetzungen, der vorgewesene Plan von Ber-

änderungen mit der Rheinpfalz und dem Breisgau, zurückgenommen sey, und diese Provinzen, gleich den andern alten und neuen badischen Ländern, den Nachkommen des Stammvaters, Großherzogs Carl Friedrich, aus seinen beiden Ehen, nach seinen und seines jetzt regierenden Enkels Hausgesetzen, garantirt bleiben.

Sollte aber die Sache nicht auf diesem einfachen Wege gänzlich schon abgethan werden, sondern der durchlauchtigsten Bundesversammlung in Frankfurt, bezüglich auf den §. 2. der Bundesacte, übergeben werden müssen: so ist wiederum nicht zu zweifeln, wie die Stimmen ausfallen. Das Hauptfundament des ganzen Bündnisses besteht ja in dem reciproken Schutz für die Erhaltung jedes einzelnen teutschen Staates. *Hodie mihi, cras tibi.* Hier ist eine Garantie des ersten Rangs im Wesen der Sache; der unumwundene, baldige Ausspruch ihrer Leistung wird, unter dem Beifall von Europa, die Gemüther beruhigen und den errungenen Friedensstand bezeichnen.

Die vorstehende Abhandlung war bereits zur Presse übergeben, als ihrem Verfasser jene Stelle des teutschen Beobachters vor Augen kam, wo, aus Anlaß von Betrachtungen über die neue bayerische Staatsverfassung, gesagt ist, daß das Gesetz der nöthigen Ebenbürtigkeit in der Regenten-Familie, eine doppelte Wichtigkeit im gegenwärtigen Augenblick habe. Denn es sey bekannt, daß das Haus der Bähringer, das seit 700 Jahren in Baden regiere, dem Erlöschen im Mannstamm nahe sey. (Dies sagt der Beobachter in dem Augenblick, da der regierende Großherzog 32 Jahr, und sein Oheim aus erster großväterlicher Ehe 55 Jahr alt ist — der von ihm bestrittenen 3 Prinzen jüngerer Linie zu geschweigen). Trete dieser Fall ein: so gehe die Erbfolge an die Prinzessinnen über, und die nächste, an der die Erbfolge fehle, sey die Königin von Bayern, älteste Schwester des

Großherzog (?) Einsprache geschehe von den Grafen von Hochberg (dieselben werden nicht in dem Fall seyn, mit einer Einsprache erst aufzutreten, sondern sie werden, geschützt durch die Disposition ihres Vaters, erwarten können, welche Einsprache rechtlich gegen sie ausgeführt wird). Sie seyen vom jezigen Großherzog zu Prinzen des Hauses gemacht (!), und ihnen Anwartschaft (?) auf die Erbfolge in Baden gegeben worden. . . .“ Die Bayern, heißt es, leugnen nicht die Gültigkeit dieses Acts, indem hierüber keine Reichsgesetze existiren, und ein souveräner Fürst, der ohne Verfassung regiert (?) nach Willkühr seine Hausgesetze ändern könne. Allein sie sagen: diese Aenderung der Hausgesetze hat keine rückwirkende Kraft und kann die Rechte der Prinzessinnen nicht berühren, die vor diesen neuen Gesetzen geboren waren, zu einer Zeit wo noch die alten Reichsgesetze bestanden, nach denen die Erbfolge in Reichslehne an Abstammung aus ebenbürtiger Ehe, und an eine Ehe zur rechten Hand geknüpft war’.

Hier eröffnet sich wieder ein anderes, noch weiteres, aber auch ruhigeres Streitfeld. Es wäre hiernach nicht mehr der besondere und öffentliche Anschlag auf die Pfalz gemacht, sondern das ganze Großherzogthum soll dem jüngern Mannstamm Carl Friedrichs entzogen werden. Es wäre nicht mehr von einem eingebildeten Pactum der europäischen Monarchen — unter dessen Schein viel voreiliges Geschwätz von möglichen schnellen Landesbesetzungen auf gewisse Fälle, (als ob wir noch in den Zeiten der Befehdungen lebten) umhergehen konnte — sondern nur von einem Erbananspruch zwischen Familien = Gliedern die Rede, der allenfalls, wie hundert ähnliche Erbprozesse, vor ein Austragalgericht gehört. Dort würde, unter dem Schutz des deutschen Bundes, die Gerechtigkeit mit der ihr nöthigen Ruhe noch mancherlei Fragen zu erörtern haben, über die der nordische Beobachter mit Leichtigkeit hinweggleiten konnte — z. B.

1) Ob die zweite Ehe des höchstseligen Markgrafen wirklich für durchaus ungleich, oder wiefern sie nach vorstehender Ausführung für standesmäßig zu halten sey?

2) Ob der fürstlichen Söhne aus zweiter Ehe Vorrecht in der Landes-Succession, vor den fürstlichen Weibern, nicht von früher sich datirt, als von der Declarationsurkunde des vorigen Jahrs? und zwar schon von den Hausgesetzen der Markgrafen Christoph und Georg Friedrich, von den Jahren 1515 und 1615 her, wornach die Prinzessinnen, so lang noch ein männlicher Erbe vorhanden, von der Succession ausgeschlossen sind?

3) Ob das Herkommen im vorigen teutschen Reich — wenn es auch in verschiedenen Fürstenhäusern und nach unterschiedenen reichsgerichtlichen Urtheilen ungleich war — nicht dennoch im Schutze der bessern Rechtsgründe, und besonders in den wiederholten Fällen des babilchen Hauses, die erbgiltige Abstammung von adelichen Müttern längst bewährt habe?

4) Wer dagegen zu Klagen berechtigt sey, wenn die Agnaten des Hauses, und unter ihnen der fürstliche Vater seiner hinterlassenen Prinzessinnen, in die Feststellung von 1787, auf welche die zweite Ehe des Großvaters vollzogen worden, eingewilligt haben?

5) Ob, wenn man auch (wie es doch bei nachgekommenen Prinzen der Fall nicht ist) auf ein angebohrnes Recht der damals schon existirenden Prinzessinnen zurückgehen könnte, nicht der Kampfplatz sich nothwendig sehr verengen würde? nemlich a) beschränkt auf die zur Zeit ihrer Geburt schon vorhanden gewesenen Stammlande, und zwar b) nur auf die allodialen Theile derselben, und nicht auf die Lehen, als welche an Kaiser und Reich würden heimgefallen seyn? Was man also, auch nur scheinbar, dawider einwenden könnte, daß Carl Friedrich über alle seine neuen Acquisitionen — wohin unter andern auch die, auf ihn und seine Nachfolger im souveränen Großherzogthum gekommenen lehnsherrliche

chen Rechte des Kaisers und Reichs, so wie alle empfangenen Lehnssurrogate gehören — nach Gutfinden disponiren wollte?

6) Ob diese Freiheit hinsichtlich des, bei weitem größten Theils des badischen Staats, nicht die Giltigkeit der Disposition über das Ganze, auch schon deswegen, weil das Ganze nach den ältern und neuern Hausgesetzen untheilbar, und die unselige Zerstümmerung verboten seyn und bleiben soll, nach sich ziehe?

7) Wenn denn aber dereinst eine weibliche Succession eintreten hätte: ob nicht vielmehr das Erbe an die Töchter des letzten männlichen Besitzers gelangte? *)

8) Oder wenn eine andere, Regredient = Erbschaft statuiert werden könnte, ob man nicht bis auf die ältern Töchter der ersten Acquirenten von alt = badischen Stammallobien, semit ins dunkle Alterthum vielmehr hinaufgehen müßte? (ein Grund mehr, warum die meisten Rechtslehrer den Töchtern des letzten Besitzers den Vorzug, nach der allgemeinen Erbfolge = Ordnung, einräumen) So fern aber

9) irgend ein desfallsiges Erbe den Töchtern des höchstseligen Erbprinzen dereinst zukäme: warum die ältere Zwillingsschwester, die ledige Frau Markgräfin Amalie Hoh., ausgeschlossen seyn sollte? oder ob nicht alldann die männliche Succession einer Erbtochter aufzusuchen wäre? Auch

10) ob die feyerlichen Verzichte der anderwärts vermählten Prinzessinnen — zumal wenn sie neuer als Carl Friedrich Statuten von 1787 und 1796, über die ausgesprochenen Erbrechte Seiner Söhne zweiter Ehe, sind — für nichts gelten? —

Doch wozu alle diese Erörterungen, da sie überflüssig werden durch folgendes einzige, klare Argument? Es ist ausser Zweifel daß, nach der jenseits angerufenen teutschen Verfassung, der Kaiser und das Reich befugt gewesen wären, die Erbfähigkeit der Grafen von Hochberg, auf Ansuchen ihres fürstlichen Vaters und auf Vorlegung des Consenses der

*) Man sehe was darüber von Sclchow (in Elementis juris publ. Tom. II. §. 519. erachtet und literarisch in Menge angeführt hat.

Agnaten, zu bestätigen — sie mochten zuvor ebenbürtig gewesen seyn oder nicht. Ehe aber der Kurfürst dieses wirklich vorgehabte Ansuchen ausführte, löste sich die Verfassung des Reichs auf, und das reichsoberherrliche Recht ging auf die einzelnen Souveräne über. Als solche vermochten demnach Carl Friedrich und Carl alles selbst, und eben so rechtsgiltig auszusprechen.

Eine Bemerkung anderer Art aber verdient nicht weniger erwogen zu werden. Der Beobachter trägt uns nur vor, was, nach seinem Ausdruck, „die Bayern sagen,“ die, wie er einräumt, kein eigenes Anspruchsrecht haben; nicht, was ihre Königin selbst sagen wird? Wenn Ihre Majestät hört, daß es Ihre Persönlichkeit und die untrennbare Gewissensfrage gilt, ob Sie, auf Ihren allerhöchsten Namen hin, die wohlgemeinte Handlung Ihres ehrwürdigen Großvaters anfechten lassen, oder Seine heilige Asche in Ruhe wissen will? so wird gewißlich diese, durch den Geist eben sowohl als den Thron erhabene Frau geruhen, sich selbst über die Sache referiren zu lassen und selbst zu entscheiden, was geschehen oder unterbleiben soll? Ihr königlicher Gemahl wird, in dieser Ihrer Hausangelegenheit, Ihre Blicke wie Ihre Empfindungen gern unterstützen.

* * *

Wenn der Verfasser dieser Ausführungen, in einer so zarten Angelegenheit, seinen Namen nicht zurückhält, aber hoffentlich in der Abwägung aller Ausdrücke, die ehrerbietige Bescheidenheit mit dem offenen Muth des deutschen Mannes verbunden hat: so werden die, in der Materie berheiligten, höchsten und hohen Häupter geneigt seyn, immerhin mit Huld zu vernehmen, daß hier nur treulich die Wahrheit, in einem Gewande gesucht sey, welches Ihren Schutz, ja Ihre Aufmunterung an die Schriftsteller zum öftern Nennen des Namens, statt des Zurückschreckens davon, verdienen möchte. Denn auf dieser Bahn könnte, durch die Zucht, die die Autoren sich dann selbst geben — wenn nemlich erst viele Beispiele mehr Allgemeinheit bewirkt hätten — die Cultur der Nation nicht wenig gefördert werden. Um dieses höhern Zweckes willen, habe ich mich nicht gescheut, es zu wagen, ob ich in dem ungleichen Wettstreit mit anonymen etwaigen Gegnern, unhold oder mit Glimpf möge behandelt werden?

Geschrieben im Anfang Septembers 1818.

